beamtenbund und tarifunion sachsen

beamtenbund und **tarifunion** sachsen · Theresienstraße 15 · 01097 Dresden

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen
Staatsminister
Herrn Prof. Dr. Unland
Carolaplatz 1
01097 Dresden

Dresden, 19.04.2011
Steinbrecht/Ut

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

längst Vergangenheit sind die Zeiten, in denen Außendienstmitarbeiter im öffentlichen Dienst mit einem Dienstwagen vorfuhren. Damals musste der Staat für seine Aufgaben im Außendienst noch einen Fuhrpark unterhalten und viele Kraftfahrer beschäftigen. Damit war klar geregelt, wer die Kosten der Außendienstaufgaben des Staates zu tragen hat. Jede Preissteigerung führte damit unmittelbar zu Mehrausgaben im Staatshaushalt.

Wie selbstverständlich, stellen seit Jahren die Außendienstmitarbeiter des öffentlichen Dienstes dem Freistaat Sachsen für seine Außendiensttätigkeiten ihre privaten Pkw zur Verfügung. Das ist für den Freistaat äußerst bequem und „kostengünstig", tragen doch seitdem die Beschäftigten allein das Risiko von Preiserhöhungen und puffern mit ihren privaten Einkünften die eigentlich notwendigen Mehrausgaben des Staatshaushaltes ab.
In einem noch immer aufwändigen und bürokratischen Verfahren fordern die Beschäftigten dann vom Staat die von ihnen verauslagten Gelder zurück. Immer auf der Basis starrer Kostensätze, die mit der realen Preisentwicklung am Markt nichts zu tun haben. Durch Befristung der Abrechnung auf ein halbes Jahr und viele bürokratische Anforderungen für die Beschäftigten spart der Freistaat auf Kosten seiner Beschäftigten nochmals zusätzlich nicht unerhebliche Beträge.

Die inzwischen durch die Preisentwicklung deutlich zu niedrig angesetzten Wegstreckenentschädigungen verärgern immer mehr Außendienstmitarbeiter in nicht unerheblichem Maße. Durch die Streichung der jährlichen Sonderzahlung wurde das Jahreseinkommen 2011 der Beamten im Freistaat Sachsen außerdem bereits um durchschnittlich 4% vermindert. Auch die Inflation und die Preisanstiege bei Lebensmitteln, Bekleidung, Energie, Treibstoffen, Dienstleistungen und sonstigen Nebenkosten trägt ein Übriges dazu bei, dass den Beschäftigten immer weniger Geld für eine angemessene Lebensführung zur Verfügung steht.

Weil die Kosten für Anschaffung, Versicherung und Unterhalt von Kraftfahrzeugen drastisch gestiegen sind und die Spritpreise explodieren, wird die Forderung immer lauter, die Wegstreckenentschädigungen endlich an die veränderte Situation anzupassen. Der Freistaat Sachsen erlangt durch die insgesamt gestiegenen Preise nicht unerhebliche Mehreinnahmen aus dem Länderanteil an der Umsatzsteuer. Es ist daher an der Zeit, diese Mehreinnahmen an die Beschäftigten weiterzugeben, die ihr Privateigentum im Auftrag und Interesse des Freistaates einsetzen. Eine deutliche Erhöhung der Wegstreckenentschädigung für die

Theresienstraße 15
01097 Dresden

Tel.: 0351 47168-24, -25
Fax: 0351 47168-27

Internet: www.sbb.de
E-Mail: post@sbb.dbb.de

Beschäftigten ist deshalb nicht nur längst überfällig, sondern ein Gebot der Moral und im Sinne der „Fürsorgepflicht" auch angemessen.

Sehr geehrter Herr Staatsminister,

angesichts dieser Entwicklungen fordert der Sächsische Beamtenbund die Sätze der Wegstreckenentschädigungen nunmehr unverzüglich um 5 Eurocent je gefahrenen Kilometer zu erhöhen. Als Alternative käme nur in Frage, unverzüglich eine ausreichende Anzahl von Dienstfahrzeugen zur Wahrnehmung der staatlichen Außendienstaufgaben bereitzustellen. Ansonsten wird die Zahl der Außendienstmitarbeiter in Kürze stark anwachsen, die für Ihre Außendiensttätigkeit nur noch öffentliche Verkehrsmittel benutzen, mit erheblichen Effizienzverlusten für den Freistaat Sachsen. Ich bitte Sie deshalb um Ihre Unterstützung für eine schnelle Anhebung der Wegstreckenentschädigungen in Sachsen um 5 Eurocent je gefahrenen Kilometer im Auftrag des Freistaates Sachsen.

Mit freundlichen Grüßen

Günter Steinbrecht
Landesvorsitzender